

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 28.07.2011 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Günther (ohne Ziffern 5 und 6)
Stadtrat Lorenz (bis 19.45 Uhr, Ziffer 4)
2. Bürgermeister May (ohne Ziffern 11 bis 14)
Stadtrat E. Müller
Stadtrat M. Müller (ohne Ziffern 5 und 6)
Stadträtin Richter (ohne Ziffern 11 bis 15)
Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Stiller
Stadträtin Stocker
Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ohne Ziffer 10)
Stadtrat Heisel
Stadträtin Glos (ohne Ziffern 11 bis 14)
Stadträtin Kahnt
Stadträtin Mahlmeister

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Freitag
Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof
Stadtrat Steinruck (bis 21.25 Uhr, Ziffer 21)
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm
Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)
Herr Pfreninger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte:

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger
Verwaltungsrat Hartner
Stadtkämmerer Weber
Stadtplaner Pohl
Dipl. – Ing. Richter
Dr. Baier, Verkehrsgutachter (Ziffern 1 und 2)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Pauluhn

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 3.3 „D. Paul-Eber-Schule – Auftragserweiterung von Gewerken“ aufgrund Antrag der KIK-Fraktion abgesetzt werde. Hierzu werde vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ein Angebot zur weiteren Prüfung erbeten.

Darüber hinaus wird der Tagesordnungspunkt 6 „Bauleitplanung – Bebauungsplan Nr. 66 Schwarzacher Straße West; hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes (4. Änderung, Elektro Beck) aufgrund eines Schreiben der Regierung von Unterfranken abgesetzt. Mit diesem Schreiben müsse man sich zunächst auseinandersetzen.

Stadträtin Glos stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt 4.4 „Antrag der UsW auf dauerhafte Sperrung der Alten Mainbrücke“ abzusetzen, da hierzu kein Handlungsdruck bestehe, da die Sperrung noch bis 31.10.2011 Gültigkeit habe.

Mit 27 : 2 Stimmen

Mit dem Antrag von Stadträtin Glos auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 4.4 besteht Einverständnis.

1. Eisenbahnüberführung Innere Sulzfelder Straße

hier: Vorstellung der Verkehrsuntersuchung im Zuge des Generalverkehrsplanes sowie Beschluss über Stellung von Aufweitungsverlangen

A. Herr Dr. Baier geht ausführlich auf die Unterführung in der Inneren Sulzfelder Straße ein, die mit Blick auf die baulichen Veränderungen durch die Bahn, in dessen Zusammenhang auch die Stadt eine Veränderung der Verkehrsführung vornehmen könne, vorab im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplan geprüft wurde. Er geht auf die verschiedenen Straßen ein, die auf das Brückenbauwerk hinführen und stellt die Verkehrsströme in diesem Bereich dar. Dabei handelt es sich zu den Stoßzeiten mehr um einen Anfahrtsverkehr (z. B. Schulzentrum) als um einen Durchgangsverkehr.

Mit Blick auf die erforderlichen Breiten (z. B. Gehweg 2,50 m) müsse das Bauwerk angepasst werden und verweist im übrigen auf die gegenwärtigen Einstufung in „mangelhaft“ (einstreifige Durchfahrt, schmaler einseitiger Gehweg, Radverkehr auf der Fahrbahn).

Hinsichtlich der Radfahrer verweist er auf die Möglichkeit, diese mittels Schutzstreifen durch die Unterführung zu leiten. Dieses Instrument sei ökologisch sinnvoller und biete für den Radfahrer aber auch für die sonstigen Verkehrsteilnehmer verschiedene Vorteile. Darüber hinaus könne die Wegführung mittels Schutzstreifen in der Johann-Adam-

Kleinschroth-Straße bzw. der Inneren-Sulzfelder-Straße fortgeführt werden. Auch wenn diese Möglichkeit für die Gesamtstadt im Stadtrat noch nicht diskutiert wurde, befürwortete er dieses Modell auch an anderen Stellen.

Im Folgenden geht auf zwei Umbauvarianten ein:

- Variante 1: zweistreifige Durchfahrt, einseitiger breiter Gehweg, Radfahrer auf Schutzstreifen, Gesamtbreite 10,5 m,
- Variante 2: zweistreifige Durchfahrt, beidseitiger breiter Gehweg mit Fußgängerfurt über Westtangente, Radfahrer auf Schutzstreifen, Gesamtbreite 12,50 m;

Er stellt dar, dass beide Varianten eine Verbesserung darstellen würden, durch den zweispurigen Ausbau keine wesentliche Mehrbelastung zu erwarten ist und der Umbau eine Verbesserung des Verkehrslaufs schaffe bzw. zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für die Fußgänger und Radfahrer beitrage.

Darüber hinaus verweist er auf den Antrag der CSU-Fraktion, die einen Vorschlag zur Umsetzung gemacht habe und stellt dar, dass aufgrund der erforderlichen vorgeschriebenen Breiten dieser nicht umgesetzt werden könne.

Dipl. – Ing. Weißkopf, Staatliches Bauamt, stellt als Vertreter des Straßenbaulastträgers dar, dass die Variante 1 die sinnvollste Lösung sei, auch mit Blick auf die Schutzstreifen, welche ein zukunftsträchtiges Instrument sei. Mit dieser Änderung könnten die besagten Mängel beseitigt werden.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass sich die Verwaltung für die Variante 1 ausspreche, da dies für die Stadt die kostengünstigste Lösung sei. Darüber hinaus benötige man bei Variante 2 eine weitere Fußgängerquerung der Westtangente.

Stadtrat Schardt fragt nach der Möglichkeit, einen zweiten Tunnel für die Fußgänger und Radfahrer zu schaffen.

Herr Dr. Baier gibt zu Bedenken, dass diese Variante sicherlich kostenaufwendiger sei und die Fußgänger bzw. Radfahrer, um in den Tunnel zu gelangen, die Straße kreuzen müssten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die bisherigen Ergebnisse und geben zu Bedenken, ob eine einspurige Lösung sinnvoller sei. Es wird kritisiert, dass man eine solche Entscheidung vor einer umfangreichen Diskussion im Stadtrat zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes treffen müsse.

Herr Dr. Baier verdeutlicht, dass die geplante Lösung weiteren Entwicklungen bzw. Änderungen nicht entgegenstehe und die Stadt mit diesen Varianten keinen Fehler begehe.

Auf die Frage von Stadtrat Weiglein hinsichtlich der Sicherheit der Schutzstreifen, erklärt Herr Dr. Baier, dass sich die Schutzstreifen in den letzten Jahren als sehr sichere Verkehrsanlage erwiesen habe, da man den Fahrradfahrer unter anderem immer sehe. In Teilbereichen, bei denen die Sicht eingeschränkt sei, könne man dies durch entsprechende Verbreiterung anpassen.

Stadträtin Wallrapp verweist in diesem Zusammenhang auf die verkehrliche Situation im Mühlberggebiet und auf den Antrag zu den Haushaltsberatungen, für die Schüler und die Lehrer einen Parkplatz zu schaffen. Unter Beachtung dessen könnten sich die Verkehrsströme wieder anders verhalten.

Herr Dr. Baier erklärt, dass die vorgeschlagenen Varianten diese Aussagen nur aufgrund der Baumaßnahme der Bahn getroffen wurden und der ruhende Verkehr erst nach der Sommerpause beleuchtet werde.

Stadträtin Glos fragt nach, wann die ersten Ergebnisse vorliegen werden.

Herr Dr. Baier stellt dar, dass bis zum November 2011 die ersten Ergebnisse vorliegen könnten und im Frühjahr nächsten Jahres über die einzelnen Szenarien im Stadtrat beraten und beschlussgefasst werden könne.

Oberbürgermeister Müller fragt vor einer Beschlussfassung nach, inwiefern der vorliegende Antrag der CSU berücksichtigt werden solle.

Stadtrat Moser zieht daraufhin den Antrag der CSU zurück.

B. Mit 29 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Eisenbahnüberführung Innere Sulzfelder Straße
 - a) Ein Aufweitungsverlangen für die Nebenflächen innerhalb der Eisenbahnüberführung wird gemäß Ausbauvariante 1, (Lichte Weite des zukünftigen Bauwerkes 10,50 m), der Analyse des Büros BSV, Aachen vom Juli 2011 gegenüber der Bahn bekundet. Weiter wird dem Baulastträger der Fahrbahn (Freistaat Bayern) empfohlen, ebenfalls ein Aufweitungsverlangen für die Fahrbahn gemäß der Analyse des Büros BSV, Aachen gegenüber der Bahn AG zu bekunden.
 - b) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine entsprechende Planungsvereinbarung mit der Bahn AG und dem Freistaat Bayern abzuschließen.

2. Eisenbahnüberführung Kaltensondheimer Straße:

hier: Vorstellung der Verkehrsuntersuchung im Zuge des Generalverkehrsplanes sowie Beschluss über Stellung von Aufweitungsverlangen

A. Herr Dr. Baier geht im Folgenden auf die Situation in der Kaltensondheimer Straße ein (einstreifige Durchfahrt, schmaler einseitiger Gehweg, Radverkehr auf der Fahrbahn, Durchfahrtshöhe auf 2,80 m beschränkt). Die Einstufung erfolge gegenwärtig nach „befriedigend“, da die Verkehrsbelastung eher gering sei. Mit Blick auf die Belastung und die vorhandenen Breite spricht er sich gegen eine Aufweitung aus und stellt folgende Varianten dar:

- Variante 1: unveränderte Engstelle mittel Ampelschaltung, Reduzierung der einstreifigen Fahrbahnbreite und Verbreiterung des einseitigen Gehweges, Radfahrer im Mischverkehr, Verbesserung der Beleuchtung;
- Variante 2: Gesamtbreite für Fußgänger und Radfahrer nutzbar, Durchfahrt für potenziellen Stadtbuss in beide Richtungen (Sperrung für KFZ durch versenkbaren Poller, evtl. geringfügige Absenkung der Fahrbahn), ohne Engstellensignalisierung, durchgehend niveaugleiche Oberflächengestaltung (bis zur Friedenstraße), Verbesserung der Beleuchtung;

Er stellt dar, dass man die Variante 1 umsetzen sollte und mit Blick auf die mögliche Option des Stadtbusses, dessen Nutzen im Folgenden geprüft werden müsse, die Variante 2 insoweit zu berücksichtigen, dass die Fahrbahn um ca. 20 cm gesenkt werde. Oberbürgermeister Müller spricht sich ebenfalls für diese Option aus und stellt dar, dass man diesbezüglich an die Bahn herantreten werde.

Stadträtin Richter fragt hinsichtlich des Wegfalls des Anruf-Sammel-Taxis (AST) nach, ob dies der Stadtrat bereits beschlossen habe, worauf Oberbürgermeister Müller auf den Wegfall der Förderung ab 2012 verweist und dann der Stadtrat entscheiden müsse, ob das AST auch ohne Förderung weiterbetrieben werde.

Stadträtin Wallrapp gibt die Gesamtkosten zu Bedenken und weist darauf hin, dass durch das Tieferlegen die Versorgungsleitungen in der Straße entsprechend berücksichtigt werden müssen.

B. Mit 29 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Eisenbahnüberführung Kaltensondheimer Straße

Ein Aufweitungsverlangen seitens der Stadt Kitzingen wird gegenüber der

Bahn AG nicht bekundet. Weiter wird dem derzeitigen Baulastträger der Fahrbahn (Freistaat Bayern) empfohlen, ebenfalls von der Bekundung eines Aufweitungsverlangens gegenüber der Bahn AG abzusehen.

C. Mit 27 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Eisenbahnüberführung Kaltensondheimer Straße

Die zukünftige Straßengestaltung nach Erstellung des neuen Brückenbauwerkes soll gemäß Ausbauvariante 1 des Büros BSV, Aachen erfolgen, mit der Ergänzung, das Straßenniveau um ca. 20 cm tiefer zulegen.

3. Klärwerk - Nachrüstung einer Grundlastpumpe im Einlaufhebewerk;
Hier: Auftragsvergabe zur Lieferung und Montage der maschinentechnischen Ausrüstung gemäß VOB/A

Mit 29 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Firma Lippolt GmbH, Weidenberg, erhält den Auftrag zur über die Liefer- und Montageleistungen für die maschinentechnischen Einrichtungen zur Nachrüstung einer Grundlastpumpe in Höhe von 76.159,52 € gemäß Angebot vom 20.06.2011.

4. Nordtangente BA I - Passiver Lärmschutz,
Beschluss Auftragsvergabe Planungsleistungen nach HOAI

Mit 29 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die KMS Beratende Ingenieure GmbH, Estenfeld wird für die Durchführung des erforderlichen Passiven Lärmschutzes an der Nordtangente BA I, auf der Grundlage des Angebotes vom 11.07.2011 in Höhe von brutto 27.847,79 €, beauftragt.
Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, einen entsprechenden Ingenieurvertrag abzuschließen.

5. Umsetzung der KIK-Anträge 101 + 107/2011: Tag der Offenen Tür in den Marshall Heights

- A. Bürgermeister Christof als Antragssteller bittet, bei den Vorbereitungen entsprechend eingebunden zu werden.
Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass sobald die Antwort von der BIMA eingegangen sei, ein Arbeitsgespräch mit allen Beteiligten stattfinde, wozu auch Herr Bürgermeister Christof eingeladen werde.
Stadtrat Moser gibt zu Protokoll, dass die CSU dem Beschlussentwurf nicht zustimmen werde, da seiner Auffassung nach der Tag der offenen Tür mit Blick auf die Präsentation erst nach dem Wettbewerb hätte stattfinden können.

B. Mit 23 : 4 Stimmen

1. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung der KIK-Anträge 101/2011 und 107/2011 zur Durchführung eines Tags der Offenen Tür in den Marshall Heights gemäß dem im Sachvortrag unter 2 genannten Vorschlag.
2. Die Nutzungsvereinbarung (Anlage 1) der BlmA nebst Haftungsausschluss (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Nutzungsvereinbarung gemäß Anlage 1 zu unterschreiben.
3. Zur Durchführung des Tags der Offenen Tür sind Haushaltsmittel i. H. v. 2.200,00 € bei der Haushaltsstelle 7911.6320 bereit zu stellen.

6. Antrag auf Verlegung und Neugestaltung des Kinderspielplatz Hohenfeld

Mit 27 : 0 Stimmen

Dem Antrag der CSU vom 06.07.2011 wird stattgegeben.

Die Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € werden im Haushaltsjahr 2012 bereitgestellt.

7. Antrag der USW-Fraktion:

Bürgerbüro im Erdgeschoss des Rathauses

A. Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag und stellt dar, dass es lediglich um das Vorziehen der Haushaltsmittel und nicht um die inhaltliche Gestaltung gehe.

Stadtrat Schmidt als Antragssteller stellt ausführlich den Nutzen eines Bürgerbüros mit Blick auf eine Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb dar und bittet, dem Antrag der UsW zuzustimmen.

Stadträtin Glos bittet um Stellungnahme des Kämmerers, inwieweit die Mittel vorgezogen werden können. Darüber hinaus fragt sie nach, ob die Kapazitäten zur Planung im Haus vorhanden wären.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass es sich beim Vorziehen der 64.000,00 € für Planungskosten von 2012 auf 2011 um eine überplanmäßige Ausgabe handle und die Deckung gewährleistet wäre. Die Kosten von 200.000,00 € müsste man entsprechend von 2013 auf 2012 vorziehen.

Hinsichtlich der Kapazitäten weist Oberbürgermeister Müller darauf hin, dass man die Planung mangels Solcher nach Außen vergeben müsse.

Oberrechtsrätin Schmöger, deren Abteilungen durch die Schaffung eines Bürgerbüros im Wesentlichen betroffen wäre, gibt zu Bedenken, dass vor einer Planung klar sein sollte, welche Bereiche vom Bürgerbüro abgedeckt werden sollen.

Bürgermeister Christof gibt die Höhe der Veranschlagung zu Bedenken, da nicht klar sei, in welchem Umfang das Bürgerbüro entstehe. Darüber hinaus sollte der Bereich „e Government“ im besonderen Maße Berücksichtigung finden. Seiner Auffassung nach Bedürfe eines Bürgerbüros 2 bis 3 Mitarbeiter, die sich in allen Bereich auskennen und auf alle entscheidenden Daten zugreifen können. Im übrigen fehlen ihm die Folgekosten.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass es lediglich um die Frage des Vorziehens gehe und man bei einer entsprechenden Planung auch die Folgekosten berechnen und einbeziehen werde.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über das Vorziehen der Mittel, wobei die Mehrheit sich dagegen ausspricht, da zunächst ein Konzept, wie die Struktur

des Büros sein sollte, benötigt werde. Darüber hinaus wird eine interne Planung befürwortet, was mit Blick auf die anstehenden Aufgaben in 2011 sicherlich nicht mehr zu leisten wäre.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es sein Ziel sei, die Planung noch in diesem Jahr umzusetzen und bittet um Abstimmung des Beschlussentwurfs.

B. Mit 11 : 17 Stimmen

Es besteht Einverständnis damit, dass bei der HSt. 0600 9454 in 2011 für die Planung des Umbaus des Bürgerbüros überplanmäßig 64.000 € bereitgestellt werden. In 2012 werden für den Umbau des Bürgerbüros 200.000 € veranschlagt.

C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde und es bei der bisherigen Einstellung der Mittel bleibe.

Bürgermeister Christof gibt zu Protokoll, dass die KIK nur aufgrund der fehlenden Struktur des Bürgerbüros dagegen gestimmt habe, die KIK sich im Grunde für ein Bürgerbüro ausspreche.

8. KIK-Antrag Nr. 109-7-2011; hier: Bauvorhaben auf dem Deustergelände

A. Mit 27 : 1 Stimmen

Der Stadtrat folgt dem Punkt a) des KIK-Antrages, das vorgelegte Bauvorhaben eines Fachmarktzentrums auf dem Deustergelände abzulehnen.

B. Mit 28 : 0 Stimmen

Der Stadtrat stellt eine in Punkt b) des KIK-Antrages gewünschte Diskussion und einen Beschluss zur Errichtung eines Bürgerparks auf dem Deustergelände derzeit bis zum Dezember 2011 zurück.

9. Stadtplanung - Ansiedlung eines Einzelhandelsvorhabens auf dem "Deuster-Areal"

Mit 27 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, der Ansiedlung des geplanten Einzelhandelsvorhabens auf dem Deuster-Areal nicht näher zu treten.
3. Die zuletzt gefassten Grundsatzbeschlüsse zum Deuster-Areal behalten weiterhin Gültigkeit.

10. Bauleitplanung - Bebauungsplan Nr. 104 "Sondergebiet Freizeit und Reitsport mit angegliedertem Wohnen und Tagungshotel"; hier: Abwägung Entwurf und Satzungsbeschluss

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB vom 21.03.2011 bis einschließlich 22.04.2011 eingegangenen Anregungen der Öffentlichkeit sowie

der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander (nach § 1 Abs. 7 BauGB) entsprechend den in den beigefügten tabellarischen Zusammenstellungen vorgeschlagenen Abwägungsvorschlägen beschlossen. Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Anregungen vorgebracht.

3. Der beigefügte Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 104 „Sondergebiet Freizeit und Reitsport mit angegliedertem Wohnen und Tagungshotel“ mit zeichnerischen Teil und Festsetzungen zum Bebauungsplan, jeweils in der Fassung vom 22.06.2011, sowie der gemeinsamen Begründung mit Umweltbericht nach § 2a BauGB und integriertem Grünordnungsplan in der Fassung vom 22.06.2011, der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung in der Fassung vom 22.06.2011, dem Schallimmissionsgutachten in der Fassung vom 02.11.2010, wird nach § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 81 Bay-BO sowie § 23 GemO als Satzung beschlossen.

11. Budget Amt 2, SG 232, Städt. Waldbesitz, UA 8551, Budgetabrechnung für das HHJ 2010

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag. Auf einen Übertrag des positiven Budgetergebnisses wird verzichtet.

Bürgermeister Christof gibt zu Bedenken, dass ein solches positives Ergebnis nur deshalb erzielt werde, weil die Stadt Kitzingen Rodungen vornimmt, die weit über das normale Maß hinausgehen. Aus seiner Sicht sollte man die Rodungen gemäß der Naturschutzrichtlinien vornehmen und in den nächsten Jahren wieder reduzieren.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Stadt die Rodungen streng nach dem Forstbewirtschaftungsplan vornehme, der mit der Bayerischen Forstverwaltung abgestimmt sei.

B. Mit 22 : 3 Stimmen

Die Abrechnung des Budgets schließt mit einer Budgetunterschreitung in Höhe von 14.634,01 EURO ab. Auf einen positiven Übertrag von 70% = 10.244,00 EURO auf 2011 wird verzichtet.

12. Budget Amt 2, SG 23, Wohn- und Geschäftsgrundstücke, UA 8801, Budgetabrechnung für das HHJ 2010

Mit 25 : 0 Stimmen

Die Abrechnung des Budgets schließt mit einer Budgetunterschreitung in Höhe von 12.009,55 EURO ab. Auf einen positiven Übertrag von 70% = 8.407,00 EURO auf 2011 wird verzichtet.

13. Budget Amt 2, SG 23, Sonstiges Allgemeines Grundvermögen, UA 8891, Budgetabrechnung für das HHJ 2010

Mit 25 : 0 Stimmen

Die Abrechnung des Budgets schließt mit einem zusätzlich erwirtschafteten Überschuss in Höhe von 19.568,63 EURO ab. Auf einen positiven Übertrag von 70% = 13.698,00 EURO auf 2011 wird verzichtet.

14. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2009

Ohne Abstimmung

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2009 wird Kenntnis genommen.

15. Kulturpreis der Stadt Kitzingen:

hier: Erlass der Satzung über die Verleihung des Kulturpreises sowie des Kulturförderpreises der Stadt Kitzingen und Aufhebung der Satzung über die Verleihung des Kulturpreises

Mit 27 : 0 Stimmen

1. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügte „Satzung über die Verleihung des Kulturpreises sowie des Kulturförderpreises der Stadt Kitzingen“.
2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 4 dieser Niederschrift beigefügte „Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kitzingen“.

16. Alter Friedhof:

Schaffung von Urnengärten

Mit 28 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der Schaffung von zwei Urnengärten im Alten Friedhof besteht Einverständnis.
3. Die notwendigen Mittel in Höhe von ca. 2.000 € für die Anlegung und Erstbepflanzung werden im Haushalt 2011 bereitgestellt.
4. Die Jahresgebühr für die Beisetzung einer Urne wird auf 50,- € festgesetzt.
5. Die Gebühr für die von der Stadt zur Verfügung gestellten Namensschilder trägt der Graberwerber.

17. Mitglieder des Ferienausschusses

Die Fraktionen und Gruppen haben für die Ferienzeit folgende Mitglieder bzw. Vertreter benannt:

	Mitglied	Vertreter
UsW:		
bis 20.08.	Stadtrat Schmidt Stadträtin Richter	Stadtrat M. Müller Stadtrat M. Müller
ab 21.08.	Stadtrat E. Müller	Stadtrat Lorenz

	2. Bürgermeister May	Stadtrat Lorenz
CSU:	Stadtrat Stiller Stadträtin Stocker	Stadtrat Moser Stadträtin Schwab
SPD:	Stadträtin Glos	Stadträtin Dr. Endres-Paul
FW:	Stadträtin Wallrapp	Stadtrat Haag 01.08. - 12.08. u. 01.09 – 16.09. Stadträtin Wachter 13.08. – 31.08. u. 17.09. – 21.09.
KIK:	Bürgermeister Christof	Stadtrat Steinruck
ProKT:	Stadtrat Schardt	Stadtrat Böhm

18. Information von Oberbürgermeister Müller
Änderung der Referentenposten bei der UsW

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass den Referentenposten für Wirtschaft und Konversion nun 2. Bürgermeister May erhält, Vertreter ist Stadtrat Lorenz. Referent für Sport wird Stadtrat E. Müller, Vertreter ist 2. Bürgermeister May. Dies wird zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang verweist Bürgermeister Christof auf das Schreiben, in dem Stadtrat Schmidt die Niederlegung des Referentenpostens mitteilte, wonach er keine rechtzeitigen Informationen durch die Verwaltung erhielt. Er fragt nach, ob dies bei der Verwaltung irgendetwas bewirke oder es beim neuen Referenten weiterhin betrieben werde. Er hätte sich erwartet, dass der Oberbürgermeister diese Problematik mit dem Referenten bespricht und ggf. ein solcher Wechsel nicht notwendig gewesen wäre. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass er bei einem Gespräch mit Herrn Schmidt eingeräumt habe, dass die Eine oder Andere Information hätte gegeben werden müssen, jedoch es nicht stimme, dass die Verwaltung nie eine Info weitergegeben habe.

19. Information von Oberbürgermeister Müller
Terminliste bis Januar 2012

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende Terminliste (Sitzungen und sonstige Termine) bis Januar 2012.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass der Termin der Kitzinger Bau GmbH am 29.09.2011 gestrichen werden könne.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

20. Informationen von Oberbürgermeister Müller
Anfragen aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 19.07.2011
- Hochwasserschutz Esbach
- Inbetriebnahme der Lichtsignalanlage Nordtangente/ST 2271

A. Hochwasserschutz Esbach

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die entsprechenden Anlagen für die Vorkehrung beschafft wurden und nach der Sommerpause eingebaut werden. Dies wird zur Kenntnis genommen.

B. Inbetriebnahme der Lichtsignalanlage Nordtangente/ST 2271

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Lichtsignalanlage am 01.08.2011 in Betrieb genommen werde, da die Widerspruchsfrist (29.07.2011) abgewartet werden musste, weil die Signalanlage im Zusammenhang mit der Bahnkreuzung gesehen werden müsse.

Stadträtin Glos spricht ihren Unmut aus, da ein Argument für den dringlichen Bau ein mögliches Verkehrschaos während der Natur in Kitzingen war und nun die Ampel lediglich für drei Wochen für die Gartenschau genutzt werde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass die Ampel erforderlich sei, da es sich zu den Stoßzeiten erheblich zurück stauet.

Stadtrat Steinruck ist der Auffassung, dass man diese Ampel nicht benötige und gibt die Sinnhaftigkeit der weiteren Ampelschaltungen an der Nordtangente zu Bedenken.

21. Hinweis von Stadträtin Wallrapp

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass der Wohnmobilstellplatz Kitzingen den dritten Platz der TOP-Plätze im bundesweiten Vergleich belegt habe. Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 20.50 Uhr bis 21.25 Uhr.

22. Stadtplanung - Bebauung südlich der Armin-Knab-Straße; hier: Grundsatzbeschluss

A. Oberbürgermeister Müller stellt das Projekt kurz vor, welches für die Siedlung und die Stadt sehr interessant sei. Hierüber wurde bereits in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsbeirates diskutiert. Der Beirat hat verschiedene Punkte angesprochen, die im Bebauungsplanverfahren sowie beim städtebaulichen Vertrag berücksichtigt werden müssen. Hierüber sei Herr Goller bereits informiert.

Auf die Bitte von Stadtrat Schmidt stellt Herr Goller die zeitliche Umsetzung seines Projekts dar und erklärt, dass er bis nach der Sommerpause einen Bebauungsplanentwurf vorliegen haben möchte, der ab Oktober/November in das Verfahren nach § 13 a BauGB (sog. Nachverdichtung) gehen sollte. Aufgrund dieses vereinfachten Verfahrens (nur einmal Behörden- bzw. Bürgerbeteiligung) könnte seiner Auffassung nach bis zum Dezember 2011 der Bebauungsplan als Satzung beschlossen werden. Mit dem Bau möchte er Anfang 2012 beginnen und das Gebiet von Ost (Pflegeheim) nach West umzusetzen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass diese Zeitschiene seitens der Stadt nicht zugesagt werden könne.

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt stellt dar, dass dieses Projekt im letzten Bürgerarbeitskreis vorgestellt und besprochen wurde und die Bürger der Siedlung es sehr begrüßten.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass beispielsweise betreutes Wohnen im integrierten Handlungskonzept enthalten sei und in Kitzingen fehle.

Herr Goller stellt dar, dass beispielsweise in einem Bereich ein Mehrgenerationenhaus eingerichtet und der Bereich „betreutes Wohnen“ untergebracht werden könnte. Stadtrat Popp informiert Herr Goller über den Bedarf einer Tagespflege, was Herr Goller zur Kenntnis nimmt.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass lt. dem Altenpflegeplan des Landkreises für Kitzingen kein Bedarf an einem Pflegeheim bestehe.

Herr Goller erklärt, dass ihm das bekannt sei.

B. Mit 24 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt grundsätzlich einer Entwicklung des Areals südlich der Armin-Knab-Straße unter der Voraussetzung, dass alle im Protokoll des Stadtentwicklungsbeirates vom 11.07.2011 genannten Punkte Berücksichtigung finden, zu. Der Investor wird verpflichtet, auf die vier südlichen Bauplätze zum Sickergrund hin zu verzichten.
3. Der Stadtrat setzt für dieses Plangebiet den Beschluss außer Kraft, neue Wohnbaugebiete nur auf Flächen in städtischem Eigentum auszuweisen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Investoren das Bauleitplanverfahren vorzubereiten und in Verhandlungen zur Umsetzung einzutreten.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung 21.40 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer